



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

7/SN-283/ME 1 von 3

GZ 601.409/0-V/5/93

An das
Präsidium des Nationalrates

1010 W i e n

IHR GESETZENTWURF	
-GE/19- 83	
Datum: 16. FEB. 1993	
Mit 24.2.93 unterschrieben	

St. Leber

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 geändert wird (UWG-Novelle 1993);
Begutachtung

In der Anlage übermittelt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst im Sinne der Entschliebung des Nationalrates vom 5. Juli 1961 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum oben angeführten Gesetzesentwurf.

11. Februar 1993
Für den Bundeskanzler:
i.V. BERCHTOLD

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT
_ GZ 601.409/0-V/5/93

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

An das
Bundesministerium für
wirtschaftliche Angelegenheiten
Referat für den gewerblichen Rechtsschutz

Kohlmarkt 8-10
1014 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Irresberger

2724

123-GR/93
27. Jänner 1993

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den
unlauteren Wettbewerb 1984 geändert wird
(UWG-Novelle 1993);
Begutachtung

Zum mit der oz. Note übermittelten Gesetzesentwurf nimmt das
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

1. Im neuzufassenden § 9a Z 1 wird nicht mit voller
Deutlichkeit klar, daß die neu vorgesehene Alternative
"Verbrauchern neben periodischen Druckwerken gewährt"
nicht durch die einleitende Wortfolge der Z 1 "in
öffentlichen Bekanntmachungen oder anderen Mitteilungen, die
für einen größeren Personenkreis bestimmt sind"
eingeschränkt ist. Der neue Tatbestand sollte daher in eine
eigene Gliederungseinheit aufgenommen werden (etwa als neue
Z 2).
2. Was den in Aussicht genommenen letzten Satz des § 9a Abs. 2
anlangt, ist folgendes zu bemerken:

Die Erläuterungen begründen die damit geschaffene Ausnahme
für periodische Druckwerke damit, daß der "eingeräumten

- 2 -

Gewinnchance größere Bedeutung für den Kaufentschluß zukommt als der Qualität des Druckwerkes und somit in den Warenvertrieb ein unsolides Element hineingetragen wird, indem das Bestreben, durch Zufall zu gewinnen, zum Antrieb für die Deckung des Bedarfs gemacht wird". Im Lichte des aus dem Gleichheitssatz erfließenden umfassenden Sachlichkeitsgebotes stellt sich die Frage, ob diese Begründung nicht auch auf andere - nicht von der vorgesehenen Regelung erfaßte - Waren oder Leistungen zutrifft. Auf diese Frage sollte in den Erläuterungen näher eingegangen werden. In gleicher Weise wäre auch im Hinblick auf das Grundrecht der Erwerbsfreiheit darzulegen, daß die in Aussicht genommene Regelung im Sinne der vom Verfassungsgerichtshof zu diesem Grundrecht entwickelten Rechtsprechung durch das öffentliche Interesse geboten, geeignet, zur Zielerreichung adäquat und auch sonst sachlich zu rechtfertigen ist (vgl. etwa VfSlg. 10.179/1984, 10.386/1985 und 11.483/1987).

Im Sinne der Entschliebung des Nationalrates vom 5. Juli 1961 werden unter einem 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrats übermittelt.

11. Februar 1993
Für den Bundeskanzler:
HOLZINGER

F. A. F. A. A. 